

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert** und **Fraktion (SPD)**

Rettungsschirm für die Beschäftigten von Schlecker: Transfersgesellschaft ermöglichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im laufenden Insolvenzverfahren der Drogeriemarktkette Schlecker bei den Verhandlungsführern für ein Fortführungskonzept einzusetzen, das gemeinsam mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten und den Gewerkschaften entwickelt wird. Falls es trotzdem zur Entlassung einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommt, soll sich die Staatsregierung für die Gründung einer Transfersgesellschaft einsetzen, damit auch in Bayern insbesondere Arbeitsplätze von Frauen und Einkaufsmöglichkeiten im ländlichen Raum erhalten bleiben. Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund und bei geeigneten Kreditinstituten für eine Kreditfinanzierung des Fortführungskonzeptes bzw. der Transfersgesellschaft einzusetzen.

Begründung:

Das Insolvenzverfahren über die Drogeriemarktkette Schlecker soll voraussichtlich am 28. März 2012 entschieden werden. Fast die Hälfte der derzeit noch 5.400 Filialen der Drogeriemarktkette soll geschlossen werden. Dadurch werden rund 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Mit der Einrichtung einer Transfersgesellschaft könnte den von der Kündigung betroffenen Schlecker-Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern der Übergang in neue Beschäftigungsverhältnisse erleichtert werden. Nach Angaben der Drogeriemarktkette wären für die Einrichtung einer Transfersgesellschaft etwa 70 Mio. Euro erforderlich, die mit Hilfe eines Kredits der staatlichen KfW-Bank aufgebracht werden könnten. Die Bundesregierung hat die Möglichkeit, mit Hilfe einer Ausnahmegenehmigung der KfW-Bank die Anweisung zur Gewährung eines solchen Kredits zu erteilen. Die Bundesregierung sollte von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und so den Schlecker-Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern, die vor dem beruflichen Aus stehen, einen Neuanfang zu ermöglichen.